

Vorwärts: Nordrhein-Westfalen

Regional

„Das Personal stimmt, jetzt kommt es auf die Inhalte an“

Jochen Dieckmann betrachtet die Große Koalition in Berlin als Chance

„Mit der Koalition aus SPD und Union bietet sich jetzt in Berlin die Chance, die großen Probleme im Land zu bewältigen“, so Jochen Dieckmann. Er ist überzeugt, dass eine Große Koalition einen Zugewinn an politischer Zusammenarbeit im Bundesrat bedeutet. Klar ist aber auch: Die Wählerinnen und Wähler haben uns in NRW am 22. Mai eine klare Rolle zugewiesen. Wir werden unsere Oppositionsrolle kämpferisch und engagiert wahrnehmen. Über den personellen Zuschnitt der zukünftigen Bundesregierung kann sich der Landesvorsitzende freuen. Denn mit Franz Müntefering, Ulla Schmidt und Peer Steinbrück finden sich drei Vertreter aus Nordrhein-Westfalen an entscheidenden Stellen des Kabinetts. Nach Jochen Dieckmanns Überzeugung sind die drei „Garanten dafür, dass bei der wirtschaftlichen Erneuerung der soziale Zusammenhalt gewahrt bleibt“.

... jetzt geht es um die Inhalte

Bereits zu Beginn der Verhandlungen sind unter den Koalitionären vier wichtige inhaltliche Pflöcke eingeschlagen worden, ganz im Sinne der NRWSPD und Nordrhein-Westfalens: Dies sind die Verabredung, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Bildung bereit zu stellen; das klare Bekenntnis zur Tarifautonomie; die Vereinfachung des Steuerrechts bei gleichzeitigem Erhalt der Zuschläge für Sonn-, Feiertags-, und Nachtarbeit. Und schließlich die Konzentration der Politik auf die Familienpolitik. „Davon profitiert auch Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der Ganztagsgrundschulen, einem wichtigen Anliegen der NRWSPD“, unterstreicht Dieckmann.

Die NRWSPD bleibt bei ihren Positionen

Bei drei zentralen Positionen will die nordrhein-westfälische SPD-Führung



im Zuge der Koalitionsverhandlungen keine Kompromisse zulassen. „Die NRWSPD bleibt bei ihrer Absage an eine Mehrwertsteuer-Erhöhung,“ unterstreicht Jochen Dieckmann. „Wir halten auch an unserer Position zur Energiepolitik fest, die einen Mix aus heimischer Kohle und erneuerbaren Energien umfasst.“ Und beim strittigen Thema Kommunal финанzen könne es nach Auffassung der NRWSPD „keine schlichte Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer“ geben. Vielmehr müsse eine Lösung her, die auch die Zustimmung der Kommunen finde. ■

Politik zum Hören: radio.nrwspd.de

Politik für die Ohren gibt es ab dem 5.11.2005 auf der Internetseite der NRWSPD (www.nrwspd.de). Regelmäßig sind dort aktuelle Statements, Interviews, Reden und Gespräche zu hören. Um radio.nrwspd.de hören zu können, braucht man allerdings kein Radio, sondern einen PC, Internetanschluss und Lautsprecherboxen. Wer einen Mp3-Player hat, kann sich die einzelnen Beiträge herunterladen und als Podcast abonnieren. ■

Bundesparteitag in Karlsruhe

Zwischen dem 14. und dem 16. November 2005 findet der ordentliche Parteitag der SPD in Karlsruhe statt. Aus Nordrhein-Westfalen reist die mit Abstand größte Landesdelegation zum dreitägigen Parteitag: Sie umfasst 127 Mitglieder.

Die zeitliche Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Union erlaubt es, dass über die Verhandlungsergebnisse auf dem Parteitag abgestimmt werden kann.

Schwerpunkt des Parteitages ist aber vor allem die Neuwahl des 45 Mitglieder zählenden Bundesvorstands.

Während Franz Müntefering erneut auf die Unterstützung der NRWSPD für die Wahl als Parteivorsitzender bauen kann, schlägt die nordrhein-westfälische SPD jetzt neu den designierten Finanzminister Peer Steinbrück als einen von Münteferings Stellvertretern vor.

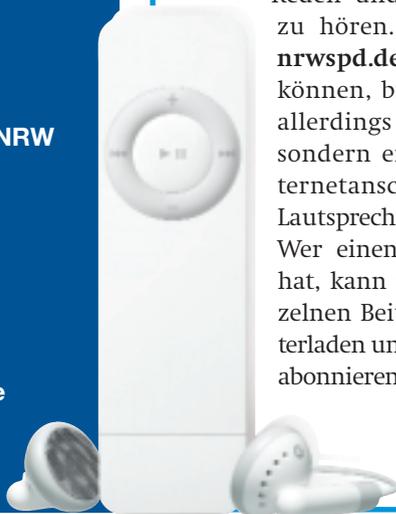
Als Beisitzer schlägt die NRWSPD 12 Vorstandsmitglieder vor:

- Berg, Ute**, MdB (Paderborn)
- Burchardt, Ulla**, MdB (Dortmund)
- Dieckmann, Bärbel**,
Oberbürgermeisterin von Bonn
- Dieckmann, Jochen**, MdL (Bonn),
Landesvorsitzender der NRWSPD
- Fischer, Birgit**, MdL (Bochum),
stellv. Vorsitzende der NRWSPD
- Griese, Kerstin**, MdB (Mettmann)
- Hendricks, Barbara**, MdB (Kleve)
- Kraft, Hannelore**, MdL (Mülheim),
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW
- Poß, Joachim**, MdB (Gelsenkirchen),
stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- Schwall-Düren**, Angelica, MdB (Gelsenkirchen),
stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- Schulz, Martin**, MdEP (Aachen),
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament
- Zöpel, Christoph**, MdB (Gelsenkirchen)

Herausgeber
Frank Ulrich Wessel
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Redaktion
Susanna Weineck

Email
vorwaerts@nrwspd.de
Internet
www.nrwspd.de





Rüttgers-Schreiben ist ein Ausweis politischer Schwäche und Hilflosigkeit

VON HANNELORE KRAFT

Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW

Das Schreiben von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers an die nordrhein-westfälischen Teilnehmer der Berliner Koalitionsverhandlungen ist ein Ausweis politischer Schwäche und Hilflosigkeit. Nachdem er sich bei der Besetzung des Bundeskabinetts nicht gegen Angela Merkel durchsetzen konnte, sollen nun die designierten SPD-Minister aus NRW für ihn die Arbeit machen. Dazu muss man drei Dinge festhalten:

Erstens: An oberster Stelle ist es die Aufgabe des Ministerpräsidenten selbst, der ja auch an den Koalitionsverhand-

lungen in Berlin teilnimmt, sich für die Interessen Nordrhein-Westfalens einzusetzen. Nun versucht er, diese Verantwortung auf andere zu delegieren. Das zeigt die politische Schwäche von Jürgen Rüttgers.

Zweitens: In zahlreichen Punkten hat der Ministerpräsident einfach den schwarz-gelben Koalitionsvertrag abgeschrieben und verlangt nun, dass die SPD dies für ihn in Berlin umsetzt. Diese Idee ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Der Ministerpräsident fordert die SPD auf, die Positionen von CDU und FDP in der Atompolitik, der Förderung der Windenergie oder der Zukunft der Steinkohle zu übernehmen, die wir für rundweg falsch halten. Diese Politik von Schwarz-Gelb schadet massiv den Interessen Nordrhein-Westfalens und gefährdet viele Arbeitsplätze.

Drittens: Rüttgers springt auf Züge auf, die in Berlin schon rollen. Das gilt beispielsweise für die Steigerung der Forschungsausgaben oder für Novellierungen der Hartz-Gesetze.

Wir als SPD-Landtagsfraktion fordern daher Rüttgers auf, sich erst einmal selbst in die Pflicht zu nehmen: Wir werden ihn daran messen, was er persönlich in den Koalitionsverhandlungen für die Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen erreicht. Er kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. ■

Nazi-Aufmärsche an Gedenkstätten auch in NRW verbieten

VON RALF JÄGER, stellvertretender

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW

Die SPD-Landtagsfraktion fordert ein gesetzliches Verbot von Versammlungen und Aufzügen von Rechtsextremen an Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen verhindern, dass Gedenkstätten von historischer und überregionaler Bedeutung, die an die nationalsozialistische Barbarei erinnern, zu Pilgerstätten alter und neuer Nazis werden. Nazi-Aufmärsche an Gedenkstätten müssen auch in NRW gesetzlich verboten werden. Daher hat die Fraktion einen entsprechenden Antrag zur Beratung im Landtag beschlossen.

Im April dieses Jahres hatte bereits der Bund das Versammlungsgesetz geändert und damit das Holocaust-Mahnmal in Berlin als Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung bestimmt, an der Versammlungen und Aufzüge verboten oder mit Auflagen versehen werden können. Zugleich wurde den Ländern die Möglichkeit eröffnet, in eigenen Gesetzen derartige Gedenkstätten unter Schutz zu stellen.

Diese gesetzlichen Voraussetzungen zum Schutz bestimmter Gedenkstätten

sind mit breiter Gemeinsamkeit durch die demokratischen Kräfte im Bundestag und Bundesrat beschlossen worden. Die SPD-Landtagsfraktion bietet deshalb allen im Landtag vertretenen Fraktionen eine gemeinsame Initiative an, mit der auch in Nordrhein-Westfalen über Parteigrenzen hinweg bestimmte Stätten wie die Gedenkstätte Sowjetischer Ehrenfriedhof und



Dokumentationsstätte Stalag (VI K) in Schloss Holte Stukenbrock, aber auch die Burg Vogelsang im Nationalpark Eifel, unter besonderen Schutz gegen nationalsozialistische Aufzüge gestellt werden. Dazu fordern wir die Landesregierung auf, dem Landtag bis zum Ende des Jahres geeignete Vorschläge für die Unterschutzstellung zu unterbreiten. ■

Reform der Ausgleichsabgabe entlastet Mieter und verbessert soziale Stabilität in den Kommunen

VON AXEL HORSTMANN, stellvertretender

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW

Die Ausgleichsabgabe im sozialen Wohnungsbau als zentrales wohnpolitisches Instrument hat ihre wichtige Funktion in der Wohnungspolitik bis heute nicht verloren; sie muss aber grundlegend reformiert werden. Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion Eckpunkte eines Gesetzentwurfs beschlossen, der auch die Möglichkeit schafft, differenziert auf soziale Entwicklungen in den Stadtteilen einzuwirken.

Die Ausgleichsabgabe, die früher als Fehlbeleger-Abgabe bezeichnet wurde, hat die Funktion, Subventionen bei Mietern von Sozialwohnungen zurückzufordern, die aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Einkommenssteigerungen einer solchen Sozialwohnung nicht mehr bedürfen. Ihre Erhebung ist nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht nur zulässig, sondern zur Abschöpfung von nicht mehr benötigten Subventionen „geboten“. Dies ist Ausdruck sozialer Gerechtigkeit, denn die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum



von Anspruchsberechtigten ist groß – vor allem, da sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Sozialwohnungen kontinuierlich verringert. Das Finanzaufkommen in Nordrhein-Westfalen betrug im Jahr 2004 nach Abzug der Verwaltungskosten immerhin rund 37 Millionen Euro.

Doch die Einkommensschwelle, ab der die Ausgleichsabgabe für Mieterinnen und Mieter fällig wird, liegt nach der derzeit gültigen Rechtslage nur 20 Prozent über den Einkommensgrenzen für den Anspruch auf eine Sozialwohnung. Dieses Korsett ist viel zu eng. Es kann nicht sein, dass Mieter nur auf-

grund von Brutto-Einkommenssteigerungen, von denen sie netto nichts haben, abgabepflichtig werden. Natürlich gibt es auch den inzwischen zum Regierungsdirektor aufgestiegenen Rechtsreferendar, der immer noch in einer Sozialwohnung lebt. Er ist aber die Ausnahme und wird auch nach unserem Modell künftig eine höhere Miete zahlen. Die SPD-Landtagsfraktion wird in ihrem Gesetzentwurf die Anhebung der Eingangsschwelle zur Erhebung der Ausgleichsabgabe von heute 20 Prozent auf 60 Prozent Übersteigerung der Einkommensgrenzen ermöglichen. Denn die soziale Stabilität in den Stadtteilen hängt auch davon ab, dass Menschen aus unterschiedlichen Einkommenschichten nachbarschaftlich zusammenleben.

Wir wollen darüber hinaus die Anwendung der Abgabe im Detail den Kommunen überlassen und ihnen vor allem die Möglichkeit einräumen, die zur Ausgleichsabgabe heranzuziehenden Wohngebiete selber festzulegen. Zudem muss das Aufkommen aus der Ausgleichsabgabe in den jeweiligen Kommunen verbleiben. Die Kommunen sollen dann in

eigener Verantwortung entscheiden, wie sie die Mittel für wohnpolitische und stadtentwicklungspolitische Ziele verwenden. Schließlich wissen die Kommunen selbst am besten, welche Stadtteile keine Ausgleichsabgabe vertragen. Auch entscheiden sie nach unseren Vorstellungen allein darüber, wo neben Neubaumaßnahmen und dringend notwendigen Modernisierungen von Sozialwohnungsbeständen auch das Wohnumfeld unter Beteiligung der Wohnungsgesellschaften verbessert werden muss.

Gleichzeitig fordern wir die schwarz-gelbe Landesregierung auf, ihre Pläne zur Verstümmelung der Ausgleichsabgabe aufzugeben. Ohne Not will sie die landes- und kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten am Wohnungsmarkt beschneiden und eine sinnvolle kommunale Stadtentwicklungspolitik erschweren. Wir werden den Sozialmietern und vor allem den Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit unserer Novelle der Ausgleichsabgabe eine deutliche Alternative zu den phantasielosen Regierungsplänen vorlegen. ■

„Neu aufstellen für den gemeinsamen Erfolg!“

Landesvorstand beschließt Projektplanung

Bei der Bundestagswahl im September waren die Sozialdemokraten wieder mit Abstand stärkste Partei in NRW. Das ist aber kein Grund sich zurückzulehnen. Der Landesvorstand hat sich intensiv der inhaltlichen Arbeit und der strategischen Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe zugewandt.

Jochen Dieckmann: „Das geschieht strukturiert und planvoll, ohne Hast und mit Sorgfalt. Wir stellen uns neu auf. Denn die Wahlniederlage der NRWSPD bei den Landtagswahlen war kein Betriebsunfall. In programmatischer, organisatorischer und kommunikativer Hinsicht müssen Fehler klar benannt und Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden.“

Die Kernaufgaben für die Neuaufstellung der NRWSPD sind klar:

- › Die NRWSPD profiliert sich als Programm- und Initiativen-Partei.
- › Die NRWSPD öffnet sich weiter als Mitglieder- und Mitmach-Partei.
- › Die NRWSPD stellt sich organisatorisch neu auf für den Erfolg.

Auf Vorschlag von Generalsekretär Michael Groschek hat der Landesvorstand auf einer Klausurtagung Ende Oktober einen Projektplan beschlossen, der weit über den nächsten Landesparteitag hinausweist.

Für die Zeit bis zur Kommunalwahl im Herbst 2009 werden konkrete Schritte zur Herstellung der Mehrheitsfähigkeit und zur Verbesserung der Kampagnenfähigkeit beschrieben.

Jochen Dieckmann: „Wir wollen die Wahlen 2009 und 2010 gewinnen. Und die Voraussetzungen dafür werden heute geschaffen.“

Zukunftsentwurf NRW 2010

Um die NRWSPD wieder stärker als Programmpartei zu profilieren, hat die NRWSPD fünf Arbeitsgruppen eingesetzt, die unter Leitung des Parteivorsitzenden sowie seiner Stellvertreter Thesen zu zentralen Diskussionsfeldern entwerfen.

- **Arbeitsgruppe 1:** Staat und Bürger in NRW – Partner im Strukturwandel (Jochen Dieckmann)

- **Arbeitsgruppe 2:** Besser statt billiger – NRW muss seine Stärken nutzen (Karl Schultheis)

- **Arbeitsgruppe 3:** Engagierte Bürgergesellschaft – Partnerschaftlicher Staat (Birgit Fischer)

- **Arbeitsgruppe 4:** Städte brauchen soziale Stabilität (Britta Altenkamp)

- **Arbeitsgruppe 5:** Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (Karsten Rudolph)

Erste Arbeitsergebnisse wurden auf dem Zukunftskonvent der NRWSPD am 5. November in Oberhausen zur Diskussion gestellt und sind im Internet unter www.nrwspd.de/leitbilder nachzulesen.

Die Diskussion über einen Zukunftsentwurf der NRWSPD wird offen in die Gesellschaft geführt, und an diesem Diskurs sollen sich möglichst viele Ortsvereine und Mitglieder beteiligen. Die Beschlussfassung der Leitbilder erfolgt auf dem Parteitag der NRWSPD im April 2006. Anschließend erfolgt eine Konkretisierung der Leitbilder auf 54 Zukunftsforen in ganz NRW. Ende 2006 wird dann ein fertiger Zukunftsentwurf NRW 2010 vorliegen.

Die NRWSPD stellt sich strategisch und organisatorisch neu auf:

Wesentliche Elemente eines Leitprojekts „Mehrheit 2009/10“ unter Federführung von Generalsekretär Michael Groschek sind:

1. Wir werden die Vernetzung der Partei mit gesellschaftlichen Gruppen systematisch verbessern. Ein kontinuierlicher Meinungsaustausch mit Vertretern vor allem der Gewerkschaften, der Sozialverbände, der Kirchen, der Wirtschaft, aus Wissenschaft, Sport und Kultur ist unerlässlich für die Volkspartei SPD.

2. Die NRWSPD soll wieder stärker zur Mitmach-Partei werden. Mitgliederwerbung, Mitgliederaktivierung und -betreuung sowie eine verbesserte innerparteiliche Kommunikation sind dafür zentral.

3. Wir entwickeln ein Personalentwicklungskonzept und fördern stärker politische Talente.

Michael Groschek: „Will die SPD ihren Anspruch als Mehrheitspartei realisieren, benötigt sie zusätzliche Kandidat/innen auf der kommunalen Ebene.“ ■

Du bist das Online-Team! Die Mitmach-Partei im Internet

Du bist Mitglied der SPD? Oder SympathisantIn? Du hast Ideen? Du möchtest aktiv sein, hast aber gerade keine Zeit zum Ortsverein zu gehen? Du suchst noch Mithelfer für eine Aktion?

Dann werde Mitglied im Mitmach-Center der NRWSPD!

Dort kannst du ab dem 5.11.2005 dein eigenes Online-Team gründen, Veranstaltungen organisieren und dich mit anderen UnterstützerInnen vernetzen. Die SPD bietet viele Möglichkeiten des politischen Engagements: die Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen, Foren, Aktions- und Wahlkampfteams – und das Internet.



Ein Wahlkampf Erfolg

Im Landtagswahlkampf hat die NRWSPD auf ihrer Internetseite www.nrwspd.de als erste Partei in Deutschland ein Mitmach-Center für UnterstützerInnen eingerichtet. Dort werden Aktionen organisiert (wie z.B. die TV-Duell-Partys) und es gibt exklusive Materialien, Informationen und Aktionstipps. Mehrere Tausend UnterstützerInnen (Mitglieder und Nicht-Mitglieder) haben sich bereits registriert und sich im Landtagswahlkampf für die SPD mit zahlreichen Aktionen engagiert. Das Mitmach-Center war so erfolgreich, dass es zum Vorbild für die „Rote Wahlmannschaft“, das Online-Unterstützerteam für die Bundestagswahl wurde.

Das Mitmach-Portal

Auch nach dem Wahlkampf wollen wir Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich mit Hilfe des Internets für die NRWSPD zu engagieren. Du möchtest über das Grundsatzprogramm diskutieren? Du suchst Mitstreiter für eine Aktion? Du möchtest zu einer Veranstaltung einladen? Dann gründe ein Online-Team, (sozusagen deine eigene virtuelle Arbeitsgruppe), lade andere zu deinen Treffen oder Veranstaltungen per E-Mail ein und vernetze dich mit Gleichgesinnten. Im Terminkalender kannst du deine eigenen Veranstaltungen eintragen und dich über die Veranstaltung anderer informieren. Das alles (und noch einiges mehr) bietet ab dem 5.11.2005 (anlässlich des Zukunftskonvents der NRWSPD) das Mitmach-Center von www.nrwspd.de. Einfach im Mitmach-Center anmelden und ausprobieren. ■